

P R O T O K O L L
der 336. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 23. November 2010
Zeit	19.30 - 21.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Wegmüller Beat
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat-Dangel Caroline, Corti Andrea, Eber Béla, Fankhauser Suzanne, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Huber Manuel, Humm Martin, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Pulver Gerhard, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Stettler Jürg, Streit Lee, Treier Hannes, von Fischer Niklaus, Wakil Ramina, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzähler	Eber Béla, von Fischer Niklaus
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Annik, Marti Beat GR: Meyer Roland
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 9

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. Oktober 2010	297
2	Baukommission; Ersatzwahl	298
3	Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) Bern-Mittelland; Mitwirkung	298
4	Alters- und Pflegeheim Muri-Gümligen (APH); Ermächtigung zur Darlehensgewährung	309
5	Antrag Manz (SP), dass der Geschäftsprüfungskommission des GGR ermöglicht werden soll, zukünftig namentlich grössere Bau- und Planungsgeschäfte inhaltlich vertieft und mit dem dazu erforderlichen zeitlichen Spielraum vorberaten zu können Auftrag an das Büro des Grossen Gemeinderats vom 23. Februar 2010	310
6	Einführung einer "Richtlinienmotion"; Berichterstattung des Büros des Grossen Gemeinderats	312
7	Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Erleichterung von Variantenabstimmungen Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Volksabstimmungen im Baukastensystem Abschreibung	313
8	Information des Gemeinderats	314
9	Neue parlamentarische Vorstösse	315

Der Vorsitzende eröffnet die 336. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats, die Parlamentsmitglieder, die Vertretungen der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal.

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, Lee Streit (forum) habe per Ende 2010 ihren Rücktritt aus dem GGR erklärt.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 **Protokoll der Sitzung vom 19. Oktober 2010**

Francesca Ruta (SP) beantragt folgende Berichtigung:
Traktandum 7, Seite 292, letzter Satz ihres Votums: "... nichts mehr zu sagen und das Stutzen der Büsche und Hecken vor dem Gebäude sei wohl nicht so ein Problem."

Beschluss

Das Protokoll wird unter Berücksichtigung der obgenannten Korrektur genehmigt.

2 Baukommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2010 zurücktretenden Patrick Jordi schlage die FDP. Die Liberalen Rolf Schifferli, Egghölzliweg 6 a, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Rolf Schifferli wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Baukommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

3 Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) Bern-Mittelland; Mitwirkung

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er habe vorab einen kurzen Hinweis zum Vorgehen anzubringen. Im Hinblick darauf, dass gewisse Unsicherheiten aufgetaucht seien, sei den Ratsmitgliedern am vergangenen Donnerstag, 18. November 2010, 10.51 Uhr, eine kochbuchartige Mitteilung über das Prozedere zugestellt worden. Selbstverständlich verzichte er darauf, hier alles zu wiederholen. Wichtig für den GGR sei aber zu wissen, dass er grundsätzlich die Möglichkeit habe, eine eigene Mitwirkung zum RGSK zu verabschieden. Er könne also, wenn er dies wünsche, in einzelnen Punkten von der vom Gemeinderat verabschiedeten Fassung abweichen. Dies würde bedeuten, dass die Behörden der Gemeinde Muri zwei verschiedene Mitwirkungen abgeben würden. Dies sei grundsätzlich ohne Weiteres möglich, man müsse sich aber bewusst sein, dass dadurch der Stellenwert der Mitwirkung leicht reduziert würde. Andererseits sei auch festzuhalten, dass hier über eine Mitwirkung von vielleicht deren 130 diskutiert werde. Man dürfe sich also nicht der Illusion hingeben, dass die Eingabe der Gemeinde Muri irgendwie "matchentscheidend" sei. Dies bedeute selbstverständlich nicht, dass nicht darüber diskutiert werden könne.

Der Gemeinderat habe es als sinnvoll erachtet, dem Rat in der Botschaft eine knappe Zusammenfassung über das aus seiner Sicht Wichtige zur Kenntnisnahme zu übermitteln. Insbesondere habe er festgehalten, dass er es als sehr bedeutend erachte, dass sich die Region eine neue Stossrichtung gebe, und zwar nicht isoliert entweder im Siedlungs- oder im Verkehrsbereich, sondern in einem Papier, in welchem die beiden wichtigen Bereiche nach Möglichkeit koordiniert würden. Es müsse aber festgehalten werden, dass man sich mit dem RGSK auf einer sehr hohen Flughöhe bewege. Es würden nicht parzellenscharfe Feststellungen gemacht, was weder rechtlich noch politisch zulässig wäre. Grundsätzlich sei es nach wie vor so – wie dies bereits heute der Fall sei –, dass durch einen Richtplan das Volk und das Parlament einer Gemeinde nicht präjudiziert werden könnten. Wenn also im RGSK in einem Gebiet der Gemeinde X eine Einzonung erwünscht wäre, heisse dies in keiner Art und Weise, dass diese Gemeinde das entsprechende Gebiet auch tatsächlich ein-

zonen müsse. Es bedeute einfach, dass es aus Sicht der Region erwünscht wäre, wenn dort eine Entwicklung stattfinden würde.

Wie so oft im Leben seien die Bemerkungen fast bedeutender als die gesetzten Kreuze und so habe der Gemeinderat im Wesentlichen bei drei Ziffern Bemerkungen angefügt. Ein ganz wichtiger Punkt sei, dass man sich dazu bekenne, dass es sinnvoll sei, einen möglichst grossen Anteil des Individualverkehrs auf Hochleistungsstrassen – sprich Autobahnen, sprich in unserem Fall A6 – abzuwickeln. Gleichzeitig sei aber klar der Konsens unserer Gemeinde zum Ausdruck gebracht worden, dass nur ein unterirdischer Ausbau der A6 vertretbar wäre. Es sei unerlässlich, dies im Sinne eines Ceterum Censeo hier wiederum festzuhalten. Der Gemeinderat erachte es auch als wichtig, bei zwei Punkten, bei welchen die Region Entwicklungen sehe, bereits heute bei den Bemerkungen festzuhalten, dass die Gemeinde dies nicht wolle.

1. Die Region sei gestützt auf die Lage und die Erschliessung der Meinung, das Gümligenfeld würde sich für eine wesentlich verstärkte Nutzung zur Schaffung von Arbeitsplätzen bestens eignen. Der Gemeinderat erachte dies zumindest im jetzigen Zeitpunkt aus zwei Gründen nicht als zielführend: Erstens handle es sich um das grösste weitgehend noch unüberbaute Gebiet, welches im heutigen Zeitpunkt freigehalten werden sollte. Zweitens sollten heute sinnvollerweise alle Kräfte darauf konzentriert werden, den Verkehr mit denjenigen Vorgaben abzuwickeln, welche geplant und baubewilligt seien, bevor allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt über weitere Einzonungen diskutiert würde. Dies führe ihn zu einem weiteren bedeutenden Punkt: Es sollte nicht das Gefühl entstehen, im Jahr 2010 müsste die Planung für die nächsten 50 Jahre gemacht werden. Die Rahmenbedingungen würden sich verändern und es sei möglich, dass vielleicht in 20 Jahren wieder über das Gümligenfeld diskutiert werde. Eventuell gelange man dannzumal zu anderen Erkenntnissen. Es würden andere Politikergenerationen folgen und diese müssten auch noch etwas zum Diskutieren haben.
2. Bezüglich Erstellung einer Velobrücke bei der Wehrliau mit geschätzten Kosten von CHF 2 Mio. wolle der Gemeinderat an seiner bisherigen Meinung festhalten. Er habe in den letzten Jahren bereits unter zweien Malen gegenüber dem Kanton klar zum Ausdruck gebracht, dass er in diesem Natur- und Auenschutzgebiet etc. keinen zusätzlichen Übergang über die Aare – einige hundert Meter unterhalb der Auguetbrücke und einige hundert Meter oberhalb der Fähre – wolle. Es gäbe andere Möglichkeiten, um das unbestrittene Ziel der Verbesserung des regionalen Veloweges zu erreichen.

Namens des Gemeinderates halte er fest, dass er sich natürlich darüber freuen würde, wenn sich der Rat seinen Einschätzungen anschliessen könnte. Sollte dies nicht der Fall sein, so sei es dem GGR – wie einleitend erwähnt – unbenommen, eine eigene Mitwirkung einzureichen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Gautschi führt namens der forum-Fraktion aus, sie habe an verschiedenen Sitzungen die Unterlagen des RGSK überprüft und eine eigene Mitwirkung eingereicht. Die Eingabe des forums entspreche – was das Setzen der Kreuze anbelange – im Grossen und Ganzen dem Vorschlag des Gemeinderats. Insbesondere bei den Bemerkungen zum Ausbau des Gümligenfelds und des Verzichts auf die Velobrücke bei der Wehrliau schliesse sich das forum der gemeinderätlichen Haltung vollständig an. Zu verschiedenen Punkten seien weitergehende Bemerkungen eingebracht worden und er erlaube sich, diese hier aufzuführen:

- Das Gümligenfeld sei fälschlicherweise als Entwicklungsschwerpunkt "Einkauf und Freizeit" erfasst worden und nicht als Zone ESP A ausgewiesen.

- 23. November 2010 -

- Der erste Wirtschaftssektor, die Landwirtschaft, sei in diesem Siedlungskonzept mit keinem Wort erwähnt, was für den Bauernkanton Bern erstaunlich sei. Die Landwirtschaft sei als wertvoller Baulandträger immer das schwächste Glied in der Planung. Gerade in einer Kerngemeinde wie Muri müssten Abwägungen getroffen werden, welche Höfe in den nächsten 20 Jahren erhalten bleiben könnten. Vielleicht brauche es zur Rettung der letzten Höfe das alte Planungsinstrument der Güterzusammenlegung.
- In Kerngemeinden würde es verschiedene grüne Inseln brauchen. In der Nähe von dicht bebauten Zonen hätten nahestehende Grünzonen für die dortige Wohnbevölkerung eine hohe Bedeutung. In diesem Sinn gelte die Schürmatte als sehr wertvolle und erhaltenswerte Grünzone der Gemeinde. Nur wenn die letzten Baulücken geschlossen seien, sollte an eine sanfte Überbauung eines Teilbereichs gedacht werden. Im Siedlungskonzept würden Grünräume zumeist in der Funktion als siedlungstrennende Wirkung gesehen. Diese Betrachtungsweise gelte auch für Kerngemeinden, doch hätten die dort schwindenden Grünzonen noch andere Funktionen als in den Agglomerationsgemeinden. Betrachte man aber die Siedlungen im Melchenbühl oder in der Elfenau, so würden die Gemeindegrenzen von Muri vielfach schon heute nicht mehr der Siedlungsgrenze entsprechen.
- Das forum verfolge die Idee einer Langsamverkehrsverbindung quer durch die Gemeinde. Eine solche Querverbindung von Belp über die Auguetbrücke, bis über den Schlosshügel, entlang der Schürmatte und via Saali nach Ostermundigen solle dem Velo-, aber auch dem Fussverkehr dienen. Die Idee knüpfe an das Projekt "Worbletalwärts" an, wo eine Verbindung zwischen Worb und Ostermundigen eine Planung ausgelöst habe und nun ein Weg mit Naherholungswert und eine wertvolle Veloverbindung erstellt werde.

Die kürzlich kommunizierten Spielregeln hätten gezeigt, dass eine Anpassung bzw. Ergänzung der gemeinderätlichen Mitwirkung heute Abend weder möglich noch erwünscht sei. Erschwerend komme hinzu, dass die Mitwirkung für die Exekutive behördenverbindlich sei, für den Grossen Gemeinderat jedoch nicht. Wenn die forum-Fraktion dem Vorschlag des Gemeinderats zustimmen würde, so würde sie damit unnötig festgebunden. Zudem sehe sie keine reellen Chancen, dass eine separate Mitwirkung des Grossen Gemeinderats zu dieser fortgesetzten Stunde noch möglich sei. In diesem Sinn empfehle das forum den GGR-Mitgliedern, eine gemeinsame Mitwirkung von Gemeinderat und GGR abzulehnen. Sollte eine andere Partei aber eine gemeinsame GGR-Mitwirkung wünschen, so würde dies durch die forum-Fraktion aber selbstverständlich geprüft.

Stephan Lack erklärt, die FDP/jf-Fraktion habe das Geschäft im Detail besprochen und teile grossmehrheitlich die Position bzw. die Haltung des Gemeinderats zum ausgefüllten Fragebogen. Auch sie habe über einzelne Kreuze diskutiert, ob diese allenfalls noch etwas nach Westen oder Osten zu schieben seien. Sie habe dann nicht an den Kreuzen geschraubt, sei aber gerne bereit, bei der Detailberatung über die einzelnen Kreuze zu diskutieren. Es sei ihr klar, dass in den nächsten Jahren noch sehr viel Wasser die Aare hinunter fließen werde und die finalisierte Fassung in der Tat noch ein glasklares Finanzierungskonzept brauche. Auf den Hauptverkehrsachsen rund um Bern drohe – wie in anderen grösseren Agglomerationsgemeinden wie Belp, Kehrsatz, Münsingen, Rubigen – der Dauerstau. Die Bevölkerung in den Zentrumsgemeinden sei zunehmend aufgebracht und sehe die Lebensqualität schwinden. Die FDP/jf-Fraktion teile die Haltung des Gemeinderats, dass die Entwicklung nachhaltig erfolgen und die legitimen Ansprüche von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft abgedeckt werden müssten. Sie erachte auch die Siedlungserweiterung in den vier genannten Bereichen in und angrenzend an unsere Gemeinde als sinnvoll. Die gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr werde den zu erwartenden zusätzlichen lokalen Verkehr relativ gut aufnehmen können und im Ver-

gleich zum zu erwartenden zusätzlichen Durchgangsverkehr ein ungleich kleineres Problem darstellen.

Es sei der FDP/jf-Fraktion ein echtes Anliegen, dass der öffentliche und der private Verkehr nicht gegeneinander ausgespielt würden. Zielführend könne aufgrund der Komplexität der Materie nur ein ganzes Bündel von Massnahmen sein. Kaum jemand sei wohl dagegen, dass der öffentliche Verkehr weiter optimiert werde und neuer Wohn- und Arbeitsraum im nächsten Umfeld von bereits bestehenden öffentlichen Verbindungen entstehe. Dass dabei einer leistungsstarken S-Bahn eine zentrale Funktion zukomme, sei wohl ebenfalls weitgehend unbestritten. Wenn aber jemand in diesem Rat ernsthaft glaube, dass auch die leistungsstärkste S-Bahn mittelfristig zu weniger Durchgangsverkehr führen würde, habe wohl verkehrstechnisch vieles nicht begriffen. Es werde in jedem Fall auch zu mehr privatem Durchgangsverkehr kommen. Man könne sonst ihn fragen: Er habe 3 Jahre in Hongkong, 3 Jahre in Japan, in Kuala Lumpur, 8 Jahre in Zürich gewohnt, es werde mehr privaten Durchgangsverkehr geben.

Hinter diesem RGSK-Konzept stecke sichtbar viel Arbeit und viel Mitwirkung. Konzepte hätten es aber an sich, dass sie oftmals nur teilweise oder zeitlich verzögert umgesetzt werden könnten. Die Frage der Finanzierung werde leider oft zu wenig zeitnah und zu wenig präzise gestellt. Think regional, act global. Was dies für Muri bei Bern heisse? Der Kanalisierung des motorisierten Individualverkehrs auf der Hauptachse werde bezüglich der Lebensqualität in unserer Gemeinde eine absolut entscheidende Rolle zukommen. Wenn man nun aber an die unklare Finanzierung und die nicht definierte Mittelallokation denke, heisse dies für Muri nichts anderes, als dass – wie überparteilich vorgespurt – dem unterirdischen Ausbau der A6 zeitlich und insbesondere in der Mittelallokation eine sehr hohe Priorität einzuräumen sei. Sonst heisse es dann schon bald einmal: "Wir haben jetzt alles Geld für den öffentlichen Verkehr ausgegeben, für das Luxusprojekt durch Gümligen haben wir nun leider kein Geld mehr". Die Thematisierung und das Lobbying würden für unsere Gemeinde sehr "matchentscheidend" sein.

Zusammengefasst: Die FDP/jf-Fraktion folge dem Antrag des Gemeinderats und schliesse sich dessen Haltung gemäss dem ausgefüllten Fragebogen an.

Matthias Manz dankt dem Gemeinderat im Namen der SP-Fraktion, dass er das Geschäft dem GGR überhaupt vorlege. Dies hätten offenbar nicht alle Gemeinden für nötig befunden, sondern es gebe Gemeinden, welche die Mitwirkung aus dem "stillen Kämmerchen" an die Region spedieren würden. Er erachte es als wichtig, dass daraus eine öffentliche Diskussion gemacht werde. Das Konzept enthalte zwar sehr unklare Bemerkungen bezüglich Verbindlichkeit. Nach seiner Meinung bedeute behördenverbindlich für diese Seite des Saals (*Anmerkung: Zeigt in Richtung Gemeinderat*). Dies heisse aber, dass das in den 120 oder 140 Seiten als behördenverbindlich Markierte dasjenige sei, was der Rat in Zukunft von der Seite des Gemeinderats bekomme. Deshalb habe dies durchaus ein grosses Gewicht und es lohne sich, dass man sich darüber klar werde, was für Planungsanträge das Parlament in Zukunft vom Gemeinderat erhalten werde. Er frage Hans-Rudolf Saxer, ob es nicht so sei, dass sich der Gemeinderat später nicht mehr von diesem Konzept entfernen dürfe und sich daran zu halten habe.

Die verteilte Broschüre sei zwar ganz schön zum Lesen, beinhalte aber nicht das, um was es wirklich gehe. Letzteres sei in den rund 140 Seiten verborgen. Wenn ausgeführt werde, für die Kerngemeinden sehe man ein Bevölkerungswachstum von 10 % in den nächsten 20 Jahren, so sei dies eine erhebliche Abweichung von der bisherigen Planung in unserer Gemeinde. In der letzten Ortsplanungsrevision sei für die nächsten 15 Jahre von einem Null-Wachstum ausgegangen worden. Schon hier be-

stehe Erklärungsbedarf und es stelle sich die Frage, ob unsere Gemeinde ein Bevölkerungswachstum wolle und zu welchen Bedingungen. Die zweite Unklarheit komme ebenfalls im Fragebogen zum Ausdruck: Es sei nicht erkennbar, ob das für die Kerngemeinden vorgesehene Bevölkerungswachstum von 10 % auch für Muri gelte, oder ob hier allenfalls 15 % oder 5 % vorgesehen seien. Es sei irgendein Schnitt genommen worden und es sei nicht klar, was die planerischen Instrumente für die einzelnen Gemeinden bedeuten würden.

Für die SP sei es wichtig, dass die Antwort an die Region differenziert angegangen und diskutiert werde. Von der gemeinderätlichen Stellungnahme weiche sie in wichtigen Punkten eigentlich nicht ab, in anderen aber erheblich. Sie gehe mit dem Gemeinderat und dem Konzept einig, dass es im grösseren Rahmen sinnvoll sei, dass das Wachstum auf die Kerngemeinden konzentriert werde. Dies sei verkehrstechnisch und siedlungspolitisch richtig, bedeute aber, dass für die Gemeinde Muri erhebliche Mehrbelastungen zu Gunsten der ganzen Region entstehen würden. Unserer Bevölkerung müssten das Wachstum, die Siedlungsverdichtung und -erweiterung schmackhaft gemacht werden können. Hier komme er zur wichtigen Differenz zur gemeinderätlichen Haltung: Wenn dies der Gemeinde zugemutet werden solle, so müssten Bedingungen gestellt werden. Man müsse dafür besorgt sein, dass die Region nicht nur den Gemeinden sage, sie sehe da und dort Siedlungserweiterungen und -verdichtungen. Die Gemeinden müssten dafür Bedingungen und Auflagen erfüllen im Sinne von umweltverträglicher Erschliessung, von qualitativer Planung bei der Siedlungserweiterung. Wenn dem Wachstum in der Gemeinde zugestimmt werde, müsse der Region klar signalisiert werden, dass dies nur gut über die Bühne gehen könne, wenn die Bevölkerung davon überzeugt werden könne, dass die Planung umweltverträglich vonstatten gehe.

Er wolle noch einen zweiten Punkt anfügen, welcher die SP eher geärgert habe. Als wichtigste Massnahme für die Umsetzung des RGSK werde eine Kommunikations- und Informations-, sprich eine PR-Kampagne empfohlen. Dieser Weg führe an die Wand; der Bevölkerung könnten keine Wachstumsplanungen "verkauft" werden, indem gesagt werde: "Ihr seid zwar etwas dumm, aber wir sind dafür besorgt, dass ihr es am Schluss dann doch begreift". Es brauche vor allem bessere Planungen, damit die Bevölkerung ein Wachstum akzeptiere.

Den Ratsmitgliedern seien mit dem vorgelegten Antrag ziemlich viele Vorschläge unterbreitet worden. Die SP sei etwas erstaunt darüber gewesen, dass sie damit alleine dastehe. Sie sei tatsächlich der Meinung, dass einige Differenzierungen an der Stellungnahme des Gemeinderats angebracht werden sollten. Es sei im Wesentlichen nicht eine "SP-Stellungnahme", sondern es gehe um Punkte, welche die Situation der Gemeinde Muri reflektieren würden und um den Versuch, die Interessen der Gemeinde im Regionalverband stärker zu profilieren. Dies sei der Sinn der vorliegenden Anträge und die SP bitte die Ratsmitglieder um Zustimmung. Sie sei auch gerne bereit, allenfalls Anpassungen bei den Formulierungen vorzunehmen.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, er wolle zu zwei Punkten kurz Stellung nehmen.

1. Zur Frage der Behördenverbindlichkeit:

Behördenverbindlich seien die Stellen im Gesamtbericht, welche am Rand mit einem grauen Strich markiert seien. Dabei handle es sich in aller Regel um sehr allgemein gehaltene Grundsätze. Beispielsweise, dass man sich einig sei – und dies auch für alle Gemeinderäte der 98 Gemeinden verbindlich sei –, dass die primäre Entwicklung von Wohnraum an den Achsen des ÖV stattfinden solle. Es seien Kernanliegen, bei welchen sich eine Gemeinde nicht werde darum foutieren können. Gleichzeitig enthalte das RGSK aber auch eine Vielzahl von Punkten, welche nicht behördenverbindlich seien und bei welchen eine möglichst intelligente Lösung gesucht werden müsse. Wie bereits einleitend erwähnt und

von Matthias Manz richtig ausgeführt, heisse behördenverbindlich, dass die grundsätzlichen Aussagen beim Gemeinderat – und nicht beim GGR und erst recht nicht beim Volk – liegen würden. Die Region werde keine Gemeinde zu einer Einzonung an einem ganz bestimmten Ort zwingen, wenn die Gemeinde nicht einverstanden sei. Die Gemeindeautonomie werde richtigerweise hoch gehalten. Auf der andern Seite müsse auch festgehalten werden, dass gewisse behördenverbindliche Eckwerte nötig seien, da die Planung ansonsten gar nicht vorgenommen werden müsste und gesagt werden könnte: "Es sollen alle 98 Gemeinden das tun, was sie als sinnvoll erachten". Dies wäre der Anfang vom Ende einer mittel- und langfristig ausgerichteten Planung.

2. Zur Frage des Bevölkerungswachstums:

Was heisse Bevölkerungswachstum, welches man richtigerweise vor allem in den Agglomerationsgemeinden aufgrund der Verkehrsströme – welche intelligenter abgewickelt werden könnten – stärker ausfallen lassen wolle, als in der Peripherie? Gestützt auf das RGSK könnten weder die Region noch sonst jemand die Gemeinde Muri dazu zwingen, in den nächsten 20 Jahren ein Bevölkerungswachstum von 9 oder 10 % effektiv zu erzielen. Es handle sich um allgemeine strategische Vorstellungen, zum Teil auch um Wünsche der Regionalkonferenz. Die Regionalkonferenz könne dies nicht dekretieren. Es gebe ein einziges Instrument, eine regionale Überbauungsordnung, bei welchem dies theoretisch möglich wäre. Dass die Region eine Gemeinde mit einer regionalen Überbauungsordnung dazu verpflichte, auf dem Grundstück X Wohnungsbau zu betreiben, würden alle Anwesenden nicht erleben. Die Gemeindeautonomie in unserem Kanton sei viel zu gut verankert, sowohl rechtlich, als auch im politischen Bewusstsein. Beim RGSK handle es sich um moderne Erkenntnisse, wie eine Planung angegangen werden sollte. Die Region sei sich aber auch bewusst, dass es für die Realisierung der Möglichkeiten für eine Bevölkerungsentwicklung in der Kernagglomeration sehr viel brauche. Sie sei sich auch völlig im Klaren darüber, dass die Bevölkerung schlussendlich davon überzeugt werden müsse, dass ein Wachstum im Interesse der Region, aber auch der eigenen Gemeinde wäre. Sofern dies gelinge, könne allenfalls eine Realisierung vorgenommen werden, andernfalls passiere gar nichts.

Matthias Manz (SP) erklärt, er habe eine Verständnisfrage. In der letzten OPR sei festgehalten worden, man wolle dafür besorgt sein, dass bei gleich bleibender Bevölkerungszahl genügend Wohnraum vorhanden sei. Dafür seien engere Grenzabstände sowie die Einzonungen Schürmatte und Thoracker vorgesehen gewesen. Nun enthalte das Konzept ein Bevölkerungswachstum von 10 %. Dies bedeute nach seinem Verständnis, dass eine Einzonung im Umfang von Schürmatte und Thoracker bei weitem nicht ausreichend sei, um ein solches Bevölkerungswachstum in Muri aufnehmen zu können. Wenn nun Gemeinderat und Parlament sagen würden, das Konzept sei richtig, so müsste dies bedeuten, dass der Gemeinderat willens sei, viel umfangreichere Einzonungen vorzusehen. Ansonsten gehe die Rechnung nicht auf, denn eine Einzonung der Schürmatte wäre nicht einmal bei einem Null-Wachstum ausreichend. Wenn in unserer Gemeinde bis 2030 10 % mehr EinwohnerInnen willkommen geheissen werden sollten, bedeute dies eine Vorlage – oder die Vorlagen – für grössere Wohnsiedlungen. Behördenverbindlich heisse doch, dass sich der Gemeinderat dazu bekenne, bis 2030 Vorlagen zu unterbreiten, welche bei weitem über eine Schürmatte hinausgehen würden.

Hans-Rudolf Saxer entgegnet, der Gemeinderat werde sich in den nächsten 2-3 Monaten intensiv mit dem Zonenplan – welcher im März in die Mitwirkung geschickt werde – und dem Richtplan Siedlungsentwicklung beschäftigen. Der Gemeinderat werde dann seine Ideen und Absichten der öffentlichen Mitwirkung unterziehen und Farbe bekennen, was er wolle. Er persönlich könne sich nicht vorstellen, dass dem Parlament im nächsten Frühling eine Vorlage unterbreitet werde, welche ein effek-

- 23. November 2010 -

tives 10 %-iges Wachstum in den nächsten paar Jahren ermöglichen würde punkto Zonenplan. Die Vorgabe des gut 9 %-igen Bevölkerungswachstums, welche grundsätzlich in der Kernagglomeration erreicht werden wolle, sei für den Gemeinderat Muri nicht behördenverbindlich.

Detailberatung Fragebogen

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Anträge der SP-Fraktion, und zwar einerseits in Form der Abänderung des Fragebogens und andererseits in Form von verschiedenen zusätzlichen Bemerkungen. Die Beratung erfolge ziffernweise, die Abstimmung durch Gegenüberstellung der Anträge SP und Gemeinderat.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Ziffer 1

Matthias Manz (SP) führt aus, er möchte das Anliegen des "Teilweise"-Kreuzes begründen. Es sei wichtig, dass das öffentliche Interesse stärker betont und der Region mitgeteilt werde, dass sie darauf zu achten habe. Verdichtung bedeute höheres privates Interesse, auch bessere Ausnützung, aber das öffentliche Interesse müsse unbedingt stärker betont werden. Zu den Äusserungen von Hans-Rudolf Saxer, wonach der Gemeinderat die Vorgabe eines Bevölkerungswachstums von 10 % nicht als behördenverbindlich erachte, wolle er darauf aufmerksam machen, dass im RGSK eine schwarze Markierung angebracht sei bei der Aussage, dass das Wachstum in erster Linie bei den Kerngemeinden stattfinden solle. Wenn die Behörde nicht willens sei, entsprechende Planungen auch umzusetzen, müsse hier zum Ausdruck gebracht werden, dass sie nicht vollständig einverstanden sei. Auch der Haltung des Gemeinderats würde es entsprechen, hier ein "Teilweise" anzukreuzen und ein entsprechendes Signal an die Region auszusenden, dass man nicht zu einer 1:1-Umsetzung gewillt sei. Die beiden anderen Punkte – Zielszenarien pro Gemeinde und Luft- und Lärmbelastungen – seien eher Detailanliegen. Er bitte den Rat, die differenzierte Position – auch nach den Äusserungen von Hans-Rudolf Saxer – einzunehmen.

Antrag SP:

Antwort zur 1. Frage: Teilweise

Zusätzliche Bemerkungen a, b und c

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 17 Nein- zu 15 Ja-Stimmen abgelehnt.

Ziffer 2

Keine Bemerkungen

Antrag SP:

Antwort zur 1., 2. und 3. Frage: Teilweise

Zusätzliche Bemerkungen a und b

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 16 Nein- zu 15 Ja-Stimmen abgelehnt.

Ziffer 3

Matthias Manz (SP) erklärt, wenn die Ratsmitglieder hier ein Ja ankreuzen würden, bedeute dies, dass sie dem Gemeinderat den Auftrag erteilen würden, das Szenario bis 2030 umzusetzen, nämlich Einzonungen nicht für ein Null-Wachstum, sondern für ein solches von 6-10 % vorzusehen. Es handle sich um Äusserungen der Gemeinde Muri gegenüber der Region und ein Ja bedeute: "Szenario OK, Handlungsbedarf gegeben, Muri ist dabei." Mit einem Nein könne zum Ausdruck gebracht werden, dass Vorbehalte bestehen würden. Er erachte ein Durchstimmen SP gegen FDP irgendwie als lächerlich. Man müsse sich doch überlegen, was die Gemeinde Muri der Region mitteilen wolle. Ein Ja bedeute auch gegenüber der Muriger Bevölkerung, dass es Einzonungen geben werde, um das Ziel zu erreichen. Sollten Einzonungen nicht gewünscht werden, müsste hier ein Nein angekreuzt werden.

Adrian Kauth (FDP/jf) führt aus, er sehe dies nicht genau so. Es handle sich um ein regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept und es gehe um die ganze Siedlungsentwicklung und nicht um Muri. Wenn es hier um Einzonungen gehe, so sei dies wiederum ein ganz anderes Thema, dann gehe es um die Ortsplanung und wie diese zu funktionieren habe, werde nicht von oben bestimmt.

Peter Kneubühler (FDP/jf) erklärt, die FDP/jf-Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen Einzonungen. Solche müssten angeschaut werden, wenn es soweit sei und im konkreten Fall, ob eine Einzonung Sinn mache. Es komme auch immer darauf an, wem das Land gehöre. Viel Land, welches allenfalls eingezont werden könnte, gehöre der Burgergemeinde. Man könne nicht einfach heute hier nein stimmen mit der Begründung, man wolle keine Einzonungen. Man wolle sich ja nicht irgendwie die Zukunft verbauen, indem man sage: "Muri ist gebaut".

Matthias Manz (SP) entgegnet seinen Vorrednern, die schwarzen Balken im Konzept würden "behördenverbindlich" bedeuten. Das Szenario und die Konzentration auf die Kerngemeinden seien behördenverbindliche Vorgaben. Wenn das Parlament erkläre, dies sei gut und sinnvoll, so gelte das für den Gemeinderat und dies sei nicht wegzudiskutieren. Wo eingezont werde, werde damit natürlich nicht festgelegt. Aber es bedeute ein Bekenntnis, dass Parlament und Gemeinderat von Muri bereit seien, in diesem Umfang Einzonungen vorzunehmen. Dies sei die Aussage, und nichts anderes. Deshalb stelle sich die Frage, ob das Kreuz beim Ja oder beim Nein gesetzt werden müsse. Um diese Aussage könne man sich nicht drücken, sonst könne man den Fragebogen in den Papierkorb werfen. Der Fragebogen sei aber nicht für den Papierkorb gemacht, es gehe um eine Planung.

Peter Kneubühler (FDP/jf) führt aus, der Gemeinderat habe in der Botschaft dargelegt, wo er sich in Zukunft Einzonungen vorstellen könnte. Die Botschaft werde zwar nicht zusammen mit dem Fragebogen verschickt, gehöre aber zu den Materialien des Fragebogens. Man habe dies in der Fraktion nicht à fond diskutiert, aber er denke, er könne im Namen der Fraktion sagen, dass sie sich grosso modo mit dem Vorschlag einverstanden erklären könne.

Suzanne Fankhauser (SP) erklärt, sie höre heraus, dass eine Verständnisfrage bezüglich Einzonungen vorliege. Es gehe um den Umfang und dieser müsste ein Thema sein. Die Frage sei, ob man grünes Licht für den Umfang geben wolle und dahin deute der Vorschlag der SP. Es gehe also nicht um Einzonungen ja oder nein, dies sei thematisch geklärt, aber der Umfang müsse wenn möglich offen gehalten werden.

Béla Eber (SVP) führt aus, er habe Hans-Rudolf Saxer so verstanden, dass nur nach Bedarf – wenn überhaupt – eingezont werde. Er wolle etwas in Erinnerung rufen: Vor

ca. 40 Jahren habe es an der Hochschule St. Gallen einen Professor namens Kneschaurek gegeben. Dieser habe damals schon vorausgesagt, dass in der Schweiz im Jahr 2000 ca. 10 Millionen Leute leben würden. Er wisse nicht, ob die Voraussagen von 9 %, 10 % usw. überhaupt auf irgendwelchen Grundlagen basieren würden. Man müsse die Sache etwas ruhiger angehen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, es gebe ja das berühmte Bonmot, dass "die Planung der Ersatz des Zufalls durch den Irrtum ist". Dies habe durchaus etwas an sich, denn das Einzige, was alle hier im Saal Anwesenden genau wüssten, sei, dass die im Konzept enthaltene Prognose sicherlich so nicht eintreffen werde. Es werde irgendwie herauskommen, aber sicher nicht mit diesen 6 oder 8-9 %. Auf der andern Seite wisse auch niemand, was denn tatsächlich auch eintreten werde, da nichts so schwierig sei, wie die Zukunft vorauszusagen. Was der Gemeinderat damit zum Ausdruck bringen wolle, sei, dass gemäss einem Mittelszenario des Bundes, welches auf den Kanton Bern hinunter gebrochen worden sei, in etwa nach menschlicher Voraussicht bis ins Jahr 2030 mit einem Bevölkerungswachstum von ca. 6 % zu rechnen sei. Mit einem Ja zum RGSK bringe die Gemeinde Muri zum Ausdruck, dass es aus ihrer Sicht sinnvoll sei, den grösseren Teil dieses Wachstums nicht in der Peripherie des Kantons, sondern in den durch den ÖV bereits gut erschlossenen Bereichen zu realisieren. Dies sei die Kernaussage. Wie die Aufteilung unter den Gemeinden aussehen solle, sei die politische Diskussion in einer nächsten Runde. Dort werde die Gemeindeautonomie erhalten, indem sich das Stimmvolk über das RGSK weitestgehend hinwegsetzen könne, wenn die Argumentation nicht zu überzeugen vermöge. Der Gemeinderat sei der Meinung, es sei ein wichtiges Zeichen für die künftige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, dass man sage, man stehe zum Grundsatz – so wie von Matthias Manz auch ausgeführt –, dass der grössere Teil der Bevölkerungsentwicklung in der engeren Agglomeration stattfinden solle und nicht in Guggisberg oder in Linden oder wo auch immer. Selbstverständlich gebe es hier ein Spannungsfeld, es sei ein sehr komplexes Thema, eine solche Mitwirkung der Gemeindeparlamente werde in der Region zum ersten Mal durchgeführt und da gebe es offene Fragen, welche heute niemand bis hinten hinaus mit ja oder nein beantworten könne. Dem Gemeinderat sei es aber ein Anliegen, zum Ausdruck zu bringen, dass er die raumplanerische und verkehrsplanerische Absicht, welche hinter dem RGSK stehe, unterstütze.

Niklaus von Fischer (forum) führt aus, wenn andere Gemeinden gleich wie Muri funktionieren und sagen würden, Wachstum würden sie grundsätzlich richtig finden, wenn es dann aber konkret werde, würden sie sagen: "Ja, Wachstum schon, aber nicht bei uns", so müsse man der Sache nun in die Augen schauen. Dies könne nicht die Idee der Geschichte sein. Oder man könne sagen, dies sei die Haltung des Gemeinderats und er solle doch hier sein Ja-Kreuz anbringen. Aber das Parlament verrete das Volk und das Volk sei gar nicht gefragt worden. Also müsse das Parlament dies stellvertretend für das Volk beurteilen und wenn es finde, Muri wolle etwas anderes, so sei er der Meinung, der GGR sollte sich dem Gemeinderat nicht anschliessen. Auch wenn er das Regionale grundsätzlich von der Strategie her teile, so müsse er doch, was die Gemeinde betreffe, die Haltung einnehmen, die er verfolgen werde, wenn es konkret um Einzonungen in unserer Gemeinde gehe.

Martin Häusermann (forum) erklärt, er habe den Eindruck, beide Lager hätten ihre guten Argumente. Das Thema sei effektiv unklar und er stelle deshalb namens der forum-Fraktion den Antrag, das Kreuz bei "Teilweise" zu setzen. So wie er die Situation wahrnehme denke er, dies wäre gerechtfertigt.

Matthias Manz (SP) erklärt, er ziehe namens der SP-Fraktion deren Antrag zur 1. Frage von Ziff. 3 zu Gunsten des Antrags der forum-Fraktion zurück.

Antrag forum:

Antwort zur 1. Frage: Teilweise

Beschluss

Der Antrag der forum-Fraktion wird mit 31 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Antrag SP:

Antwort zur 2. und 3. Frage: Teilweise

Zusätzliche Bemerkung

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 31 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Ziffer 4

Matthias Manz (SP) führt aus, hier sei es wichtig festzuhalten, dass, wenn verdichtet und ausgebaut werde, in einem solchen Konzept im Gegenzug eben auch die öffentlichen Interessen stärker betont würden. Dies sei der Sinn dieses Antrags.

Antrag SP:

Antwort zur 1., 6., 7., 9. Frage: Teilweise

Antwort zur 3., 10. Frage: Nein

Zusätzliche Bemerkungen neu und a, b, c und d

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 16 Nein- zu 15 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Ziffer 5

Matthias Manz (SP) erklärt, hier sei beim Antrag der SP ein redaktioneller Fehler unterlaufen. Auf Seite 5, zweitunterste Frage ("Unterstützen Sie die Massnahmen im Fuss- und Veloverkehr") sei ein Kreuz bei "Ja" gesetzt. Dies sei ein Irrtum, in diesem Punkt werde der gemeinderätliche Antrag unterstützt und das Kreuz des SP-Antrags werde ebenfalls bei "Teilweise" gesetzt.

Antrag SP:

Antwort zur 1., 5., 6. Frage: Teilweise

Zusätzliche Bemerkungen neu und a, b, c und d

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 16 Nein- zu 15 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Ziffer 6

Niklaus von Fischer (forum) erklärt, er stelle im Namen der forum-Fraktion den Antrag, folgende Anregung bei den Bemerkungen zusätzlich aufzunehmen: "Die Veloroute Auguetbrücke-oberhalb Muribad-Aarwil-Schlossmatte-Seidenberg-

Schürmatt-Melchenbühl-Dennigkofen muss in die Detailplanung der einzelnen Überbauungen miteinbezogen werden. Die Langsamverkehrsverbindung für Velo und Fussgänger kann bei guter Gestaltung als ökologischer Korridor quer zu den Hauptverkehrsachsen dienen". Dies wäre eine S-förmige Verbindung von Norden nach Süden durch die Gemeinde. Alle anderen grossen Verbindungen würden stets von Bern Richtung Thun führen und diese wäre eine Verbindung in die andere Richtung in der Qualität einer Langsamverkehrsverbindung.

Antrag SP:
Zusätzliche Bemerkung

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird grossmehrheitlich angenommen.

Antrag forum:

Zusätzliche Bemerkung: "Die Veloroute Auguetbrücke-oberhalb Muribad-Aarwil-Schlossmatte-Seidenberg-Schürmatt-Melchenbühl-Dennigkofen muss in die Detailplanung der einzelnen Überbauungen miteinbezogen werden. Die Langsamverkehrsverbindung für Velo und Fussgänger kann bei guter Gestaltung als ökologischer Korridor quer zu den Hauptverkehrsachsen dienen".

Beschluss

Der Antrag der forum-Fraktion wird grossmehrheitlich angenommen.

Johanna Ziberi (SP) stellt einen *Rückkommensantrag* bezüglich Ziffer 5.

Beschluss

Der Rückkommensantrag von Johanna Ziberi (SP) wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt fest, die Detailberatung des Fragebogens sei somit abgeschlossen.

Abstimmung

Beschluss (18 Ja / 18 Nein / 2 Enthaltungen)

Mit Stichentscheid des Präsidenten des Grossen Gemeinderats wird folgender Beschluss gefasst:

Der Grosse Gemeinderat verabschiedet den Fragebogen zuhanden der Regional-konferenz Bern-Mittelland mit den bereits beschlossenen Änderungen.

Rückkommen s. Seite 312

4 **Alters- und Pflegeheim Muri-Gümligen (APH); Ermächtigung zur Darlehensgewährung**

Martin Häusermann führt aus, die GPK empfehle einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und diese Ermächtigung mit den aufgeführten Rahmenbedingungen zu erteilen. Die GPK habe sich informieren lassen, dass die Finanzierung aus eigenen Mitteln erfolgen solle und dass der Zinssatz des Darlehens jährlich angepasst werde mit Bezug auf die jeweiligen Refinanzierungskosten der Gemeinde. Es handle sich hier um einen Einzelfall, bei welchem eine win-win-Situation angestrebt werden solle. Es sei der GPK auch versichert worden, dass bezüglich des Alters- und Pflegeheims dieses Darlehen die heutigen, wie auch die zukünftigen Bedürfnisse abdecke und kein weiterer Bedarf an einem Darlehen bestehen werde.

Pia Aeschimann erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, die Parlamentsmitglieder hätten sich sicherlich gefragt, weshalb das Geschäft so daherkomme und weshalb sie ihre Kompetenz an den Gemeinderat abgeben sollten. Der Grund sei der zeitliche Faktor. Im Oktober habe der Verwaltungsrat des APH beim Gemeinderat angefragt, ob allenfalls die Möglichkeit bestehe, von der Gemeinde Geld für die Rückzahlung der rund CHF 2,5 Millionen an die GEF bis Ende Januar 2011 zu erhalten. Es sei dann rasch klar geworden, dass es für eine Darlehenssprechung in dieser Grössenordnung einen GGR-Entscheid brauche. Der Verwaltungsrat des APH führe aber noch mit anderen möglichen Geldgebern Gespräche. Die Zeit bis zur November-Sitzung des Grossen Gemeinderat für den Entscheid, ob der entsprechende Vertrag mit der Gemeinde oder mit einem anderen Darlehensgeber abgeschlossen werden solle, sei zu kurz gewesen. Im Dezember finde keine GGR-Sitzung statt und eine Beschlussfassung anlässlich der Januar-Sitzung wäre zu kurzfristig gewesen, da der Entscheid dem fakultativen Referendum unterstehe. Der Verwaltungsrat APH müsse das Geld bis Ende Januar 2011 zurückbezahlen, da ansonsten Verzugszinsen drohen würden.

Was der Rat wissen müsse sei, dass, falls der Verwaltungsrat APH entscheide, den Darlehensvertrag nicht mit der Gemeinde, sondern mit einem anderen Geldgeber abzuschliessen, dieses Geschäft hinfällig würde. Es würde also nicht irgendwann einmal wieder aus der Schublade gezogen und für etwas anderes gebraucht. In der GPK sei noch die Frage aufgetaucht, ob, wenn alle Stricke reissen würden und das APH plötzlich in finanzielle Nöte geraten würde, die Gemeinde haftbar wäre und als Auffangbecken hinhalten müsste. Dies sei der Fall. Bei den Tochtergesellschaften – sowohl bei den Gemeindebetrieben als auch beim APH – müsste bei einem solchen Schreckensszenario die Gemeinde als Auffangbecken dienen. Sie könne aber versichern, dass das APH mit beiden Beinen auf dem Boden und auf gesunden Beinen stehe. Es habe die letzten Investitionskosten auch bereits aus eigenen Mitteln bezahlen können und es habe eine weitsichtige Planung. Die 10-jährige Laufzeit des Darlehens sei insbesondere damit zu begründen, dass sie dem APH ermöglichen solle, weiterhin etwas zu investieren, so z.B. in die Wärmedämmung des Altersheims etc. und dazu noch das Darlehen zurückbezahlen zu können. Sie bitte die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen und würde sich diesfalls bereits im Voraus für das Vertrauen bedanken.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Martin Häusermann noch von Pia Aeschimann verlangt.

Beschluss (einstimmig) (Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum)

Der Gemeinderat wird ermächtigt, einen Vertrag über die Gewährung eines Darlehens von maximal CHF 2'500'000.00 an das Alters- und Pflegeheim Muri-Gümligen (APH) abzuschliessen, wobei die Laufzeit maximal zehn Jahre ab dem 31.01.2011 betragen soll und die Verzinsung minimal die Refinanzierungskosten der Gemeinde decken muss.

5 Antrag Manz (SP), dass der Geschäftsprüfungskommission des GGR ermöglicht werden soll, zukünftig namentlich grössere Bau- und Planungsgeschäfte inhaltlich vertieft und mit dem dazu erforderlichen zeitlichen Spielraum vorberaten zu können

Auftrag an das Büro des Grossen Gemeinderates vom 23. Februar 2010

Rolf Friedli führt aus, die GPK habe den vorliegenden Antrag ausführlich geprüft, so wie sie auch beim vorgängigen Mitwirkungsverfahren mitgearbeitet habe. Sie sei der Meinung, dass mit dem vorliegenden Antrag eine Verbesserung des politischen Dialogs im Parlament stattfinden könne und wichtige Geschäfte früher am politischen Horizont erscheinen würden. Die GPK empfehle dem Rat, dem Hauptantrag zu folgen und die Geschäftsordnung entsprechend anzupassen.

Hannes Treier erklärt als Sprecher des Büros GGR, die mit dem Hauptantrag verbundene Lösung bringe mit sich, dass die Unterlagen zukünftig 20 Tage und nicht erst 10 Tage vor der GGR-Sitzung versandt würden. Die erweiterte Zeitspanne habe mehrere Nutzen:

- Bei Fragen der GPK habe der Gemeinderat mehr Zeit, um diese zu beantworten oder Zusatzinformationen zu liefern.
 - Die Parteien hätten mehr Zeit, um sich mit der Materie zu befassen.
 - Insbesondere die Abfolge GPK- und Fraktionssitzungen könne optimiert werden.
- Das Büro habe den Nebenantrag formuliert, schlage diesen aber nicht zur Wahl vor. Es sei der Meinung, dass der Gemeinderat weiterhin entscheiden solle, wann ein Geschäft zur Behandlung im Parlament reif sei und diese Aufgabe nicht an die GPK übertragen werden sollte. Aus diesem Grund empfehle das Büro GGR klar den Hauptantrag zur Annahme.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderechtlicher Sprecher aus, der Gemeinderat unterstütze seinerseits den Hauptantrag auf Verlängerung der Zustellungsfrist. Dies sei sinnvoll, legitim und könne zur Qualitätsverbesserung oder -sicherung einen wirklichen Beitrag leisten. Es sei indessen festzuhalten, dass es zweifellos Fälle geben werde, bei welchen es aus irgendwelchen Gründen, die nicht im Einflussbereich des Gemeinderats liegen würden, nicht möglich sein werde, die 20 Tage einzuhalten. Es sei aber selbstverständlich, dass die Ausnahmeklausel sehr restriktiv gehandhabt und nach Möglichkeit die neue Frist von 20 Tagen respektiert werde.

Eintreten wird nicht bestritten.

Jsabelle Gossweiler erklärt, die FDP/jf-Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass bei Geschäften mit grosser Komplexität die zeitliche Abfolge von GPK-, Fraktionssitzungen und Grosser Gemeinderat knapp bemessen sei. Bei den normalen Geschäften, welche eigentlich ca. 80 % der Tagesgeschäfte ausmachen würden, sei die Zeit meistens ausreichend. Bei den grösseren Geschäften, welche weniger häufig und von sehr komplexer Natur seien, habe man auch beim Ausfüllen des Fragebogens im Vernehmlassungsverfahren festgestellt, dass die Zeit für vertiefte Abklärungen zu knapp sei. Dort brauche es Zeit zum Studieren und allenfalls auch zum

Reagieren. Vielleicht seien dann Feuerwehübungen – wie man heute Abend gesehen habe – nicht mehr nötig. Deshalb begrüsse die FDP/jf-Fraktion, dass die Sitzungsunterlagen in Zukunft 20 Tage vor der Parlamentssitzung versandt würden. Dies sei – wie von Hans-Rudolf Saxer erwähnt – für fast alle Geschäfte möglich. Somit mache sie namens der FDP/jf-Fraktion beliebt, dem Hauptantrag zuzustimmen.

Lee Streit führt namens der forum-Fraktion aus, der Rat habe über ein Geschäft zu befinden, welches ihn nun fast ein Jahr lang beschäftigt habe: Ein Vorstoss, zuerst eingereicht als Motion und dann aus verfahrenstechnischen Gründen durch den Motionär umgewandelt in einen Auftrag an das Büro GGR. Der Grund, weshalb sie dies betone, sei, dass das forum dem Büro für die vorbildliche Bearbeitung dieses Auftrags danken wolle. Die Arbeitsschritte seien in der Botschaft übermittelt worden: Auf Einladung des Ratsbüros habe eine Aussprache mit Vertretungen des Gemeinderats, der Geschäftsprüfungskommission, des Ratsbüros und mit dem Antragsteller stattgefunden. Gefolgt sei das Erarbeiten eines Arbeitspapiers mit dem Aufzeigen von Vor- und Nachteilen sowie den allfällig nötigen rechtlichen Anpassungen. Dieses Modell sei dann dem Gemeinderat, der GPK, den Fraktionen und der EVP sowie dem Antragsteller zur Vernehmlassung vorgelegt worden. Die Antworten seien in der Folge an einer Sitzung präsentiert und die beste akzeptierte Variante ermittelt worden. Ein vorbildliches, transparentes, demokratisches Vorgehen!

Neben gegensätzlichen Meinungen seien Eindeutigkeiten sichtbar geworden:

- Eine Vergrösserung der GPK sei mehrheitlich nicht erwünscht worden.
 - Unbestritten sei gewesen, dass die Sitzungsunterlagen früher eintreffen sollten.
- Dazu sei die Erkenntnis gekommen, dass die rechtlichen Grundlagen für einen frühzeitigen Einbezug von Parlament und Kommissionen bei grösseren Bau- und Planungsgeschäften heute schon gegeben seien. Nun würden die zwei Anträge vorliegen. Der Gemeinderat befürworte die Annahme des Hauptantrags, das Büro GGR empfehle einstimmig, dem Hauptantrag zuzustimmen und auch das forum folge einstimmig dieser Empfehlung und bedanke sich nochmals für die gut verständlichen Unterlagen.

Matthias Manz (SP) erklärt, er könne sich der Hymne von Lee Streit anschliessen. Er erachte es ebenfalls als eine mustergültige Art und Weise, wie das Büro eine relativ komplizierte Frage abgeklärt und durchgespielt habe und zu doch sehr tauglichen Vorschlägen gelangt sei. Wichtig sei ihm noch gewesen zu hören, dass die GPK vor den Fraktionssitzungen tagen werde und dass das Beratungsergebnis innert nützlicher Frist per Mail mitgeteilt werde, damit man sich entsprechend vorbereiten könne. Er erhoffe sich davon auch eine Verbesserung der Beratungen. Er wolle nicht verhehlen, dass er den Variantenantrag als besser erachten würde. Er würde mehr dem entsprechen, was er als parlamentarisches Vorgehen betrachte und er würde mehr Zeit und Luft geben, um schwierige Fragen eingehend zu beraten. Nachdem aber die meisten Fraktionen offenbar dem Variantenvorschlag nicht viel abgewinnen könnten, wolle er nicht darauf beharren und stelle dazu keinen Antrag. Insofern unterstütze er ebenfalls den Hauptantrag und bedanke sich bestens für die geleistete Arbeit.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Rolf Friedli, noch von Hannes Treier, noch von Hans-Rudolf Saxer verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Muri bei Bern wird gemäss Hauptantrag erlassen.
2. Der Auftrag Manz (SP) an das Büro GGR wird als erledigt abgeschrieben.

Der Vorsitzende orientiert, er sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass eine Unklarheit bezüglich Traktandum 3 (RGSK) bestehe. Damit diese intern diskutiert werden könne, schlage er ein 10-minütiges Timeout vor.

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Der Vorsitzende erklärt, er komme von Amtes wegen auf **Traktandum 3** (RGSK; Mitwirkung) zurück, und zwar auf Ziffer 3, Bemerkungen. Der Antrag der SP sei angenommen und damit die vom Gemeinderat vorgeschlagene Bemerkung entfernt worden. Es herrsche nun die Meinung, dies sei nicht ganz korrekt und damit der Willen des Parlaments mitgegeben werden könne, werde auf diesen Punkt zurückgekommen.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Bei den Bemerkungen zu Ziffer 3 der Vernehmlassung muss zusätzlich zu der Bemerkung gemäss Antrag der SP weiterhin stehen:

"Wir unterstützen explizit eine Kanalisierung des motorisierten Individualverkehrs auf Hochleistungsstrassennetzen. Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der A6 ist aus der Sicht der Gemeinde nur ein unterirdischer Ausbau vertretbar."

6 Einführung einer "Richtlinienmotion"; Berichterstattung des Büros des Grossen Gemeinderats

Jsabelle Gossweiler führt aus, die GPK sei der Meinung, dass für die Einführung einer Richtlinienmotion absolut keine Notwendigkeit bestehe. Wie bereits letztes Jahr dargelegt, sei die GPK der Ansicht, dass mit der Institution der GPK selber alle notwendigen Instrumente bereits vorhanden seien. Diese müssten nur konsequent angewandt werden. Alles andere führe zu Unklarheiten, zu Doppelspurigkeiten und zu erhöhtem Verwaltungsaufwand, was ja sicherlich niemand aus dem Rat wolle. In diesem Sinne schlage die GPK dem Parlament einstimmig vor, die Einführung einer Richtlinienmotion abzulehnen.

Hannes Treier erklärt als Sprecher des Büros GGR, das Büro sei der Auffassung, dass die gelebte Praxis gut und bewährt sei und dass kein Änderungsbedarf bestehe. Aus diesem Grund sei das Büro der Meinung, dass zurzeit auf die Einführung einer Richtlinienmotion verzichtet werden könne.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er könne sich diesen Einschätzungen anschliessen und auch der Gemeinderat sei der Meinung, dass es dieses neue Instrument nicht brauche. Es bestehe ja die sehr liberale Praxis, dass wenn eine Motion eingereicht werde, welche eigentlich in den Kompetenzbereich des Gemeinderats falle, diese in aller Regel als Postulat zur Prüfung entgegengenommen werde. Vor diesem Hintergrund hätten sich auch in den letzten Jahren nie Probleme ergeben und daher unterstütze der Gemeinderat die Haltung des Büros GGR.

Eintreten wird nicht bestritten.

Matthias Manz (SP) führt aus, der Anlass dieses Vorstosses sei die Frage gewesen, wie vom Parlament aus die Haltung des Gemeinderats in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland beeinflusst werden könne. Das Gesetz sehe vor, dass es der Gemeinderat sei, welcher dem Gemeindepräsidenten den Auftrag erteile und der Grosse Gemeinderat könne dies nicht steuern. Wenn der Gemeinderat nun aber sage, ihm sei die gesetzliche Abgrenzung gleich und das Parlament habe die Mög-

lichkeit, Postulate einzureichen und könne ihm damit politisch etwas empfehlen – wenn auch zu nichts zwingen –, so sei dies tatsächlich äquivalent mit der Richtlinienmotion und er zeige sich damit zufrieden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Jsabelle Gossweiler, noch von Hannes Treier, noch von Hans-Rudolf Saxer verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Auf die Einführung einer „Richtlinienmotion“ wird vorläufig verzichtet.
2. Der Antrag Manz (SP) an das Büro GGR wird als erledigt abgeschrieben.

7 **Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Erleichterung von Variantenabstimmungen** **Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Volksabstimmungen im Baukastensystem** **Abschreibung**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, der Gemeinderat habe sich bemüht, die relativ komplexe Materie auf eine möglichst systematische Art und Weise darzustellen. Er habe insbesondere auch darauf verwiesen, wie die Stadt Bern – in vorbildlicher Art und Weise – diese Frage geregelt habe. Gestützt auf die Vorgeschichte und auf die aktuelle Situation habe der Gemeinderat festgestellt, dass es nicht nötig sei, kurzfristig wegen diesem Punkt eine separate Volksabstimmung durchzuführen. Er habe aber gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass er ohne Weiteres bereit sei, bei einer sich ohnehin aufdrängenden Revision der Gemeindeordnung diesen Punkt aufzunehmen. Der Gemeinderat sei also der Meinung, dass im Moment kein kurzfristiger Handlungsbedarf bestehe.

Matthias Manz (SP) bedankt sich für diese Abklärungen. Bezüglich Stichfrage habe er sich davon überzeugen lassen, dass es tatsächlich besser sei, wenn die Möglichkeit der Stichfrage enthalten bleibe. Es sei in der Tat so, dass für die Bevölkerung die Möglichkeit, sich differenziert auszudrücken, mit der Stichfrage besser sei. Man müsse dann aber auch bereit sein, eine solche Stichfrage gegebenenfalls auch zur Anwendung zu bringen. Man sollte nicht – wie bei der Abstimmung zur letzten Ortsplanungsrevision – sagen: "Wir haben zwar die Möglichkeit der Stichfrage, können sie aber nicht anwenden, da die Murigerinnen und Muriger zu blöd dafür sind." Das Postulat betr. Erleichterung von Variantenabstimmungen könne abgeschrieben werden und er bedanke sich für die Ausführungen. Diese Erklärung gebe er auch in Absprache mit der EVP ab.

Zum Postulat betr. Volksabstimmungen im Baukasten-System wolle er, ebenfalls in Absprache mit der EVP, Folgendes ausführen: Es handle sich inhaltlich um dasselbe, wie von Hans-Rudolf Saxer ausgeführt. Er sei sich aber nicht ganz sicher, wie dies formell gemacht werden könne. Er sei der Meinung – die Begrifflichkeit sei etwas kompliziert mit Varianten- und Alternativabstimmung –, dass es gut wäre, wenn in Muri auch die Möglichkeit der Variantenabstimmung vorhanden wäre, also nicht nur Alternativabstimmungen zu sich ausschliessenden Fragen, sondern auch Vorlagen mit einem Hauptantrag und zusätzlichen Nebenfragen, so wie dies in Bern möglich sei. Der Gemeindepräsident habe nun gesagt, der Gemeinderat sei bereit, bei einer nächsten Revision der Gemeindeordnung diese Frage mit aufzunehmen. Die EVP und die SP seien auch der Meinung, man müsse deswegen nicht eine separate Revision der Gemeindeordnung und extra eine Volksabstimmung machen. Es sei aber

tatsächlich von Interesse, dass die Gemeindeordnung mit der Möglichkeit der Variantenabstimmung ergänzt werde. Deshalb sollte dieses Postulat nicht abgeschrieben sondern, als Memo für die nächste GO-Revision stehen gelassen werden. Oder man schreibe das Postulat ab, nehme aber zu Protokoll, dass diese Frage bei der nächsten GO-Revision wieder diskutiert werde.

Hans-Rudolf Saxer zitiert folgenden Passus von Seite 6, unten, der Botschaft: "*Sollte sich in absehbarer Zeit aus anderem Grund eine Änderung der GO aufdrängen, kann das Parlament dannzumal entscheiden, ob eine Neuregelung – im Sinne der stadt-bernerischen Lösung – in die Revision aufgenommen werden soll.*" Er könne die Zusicherung abgeben, dass, wenn dem GGR in den nächsten paar Jahren – zu welchem Thema auch immer – eine Teilrevision der GO unterbreitet werde, sichergestellt werde, dass dieser Punkt mindestens thematisiert werde. Das Parlament könne dannzumal darüber entscheiden, ob es dieses Anliegen umsetzen wolle oder nicht.

Matthias Manz (SP) erklärt sich auch mit der Abschreibung des zweiten Postulats einverstanden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Hans-Rudolf Saxer nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Erleichterung von Variantenabstimmungen und das Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Volksabstimmungen im Baukastensystem werden als erfüllt abgeschrieben.

8 Information des Gemeinderats

Sozialinspektoren

Kornelia Hässig informiert, es werde in Zukunft – wie dies in den letzten Jahren ein grosses Thema gewesen sei – auch in Muri-Gümligen und Allmendingen möglich sein, Sozialinspektoren einzusetzen. Der Gemeinderat habe beschlossen, einen Rahmenvertrag mit der Firma XpertCenter AG in Bern abzuschliessen. Der Vertrag sei vorerst bis Ende 2011 befristet und ermögliche es der Abteilung Soziale Dienste, bei Verdachtsfällen Sozialinspektoren einzusetzen. Im Jahr 2008 habe die GEF einen Pilotversuch in vier Gemeinden (Köniz, Ittigen, Biel und Bern) durchgeführt; dies sei damals gross in den Medien präsent gewesen. Am 30. März 2009 habe die GEF einen flächendeckenden, gezielten Einsatz von Sozialinspektoren in Aussicht gestellt, dies im Rahmen des Projekts FILAG 2012. Die GEF habe aber auch eine Übergangsregelung geschaffen, mit welcher bereits 2010 und 2011 unter bestimmten Voraussetzungen Kosten von Inspektoren der Lastenverteilung zugeführt werden könnten. XpertCenter AG sei eine von zwei Firmen, welche an diesem Pilotprojekt beteiligt gewesen seien und diesen Voraussetzungen entsprechen würde. Ende 2011 werde das Jahr intern evaluiert und geschaut, was es gekostet und was es gebracht habe sowie das weitere Vorgehen festgelegt.

Tageselternverein

Kornelia Hässig orientiert weiter, mit der Gemeinde Worb sei ein Vertrag betreffend Tagespflege abgeschlossen worden. Der Vertrag trete auf 1. Januar 2011 in Kraft. Worb als Sitzgemeinde verpflichte sich, Dienstleistungen des Tageselternvereins Worb – auch TEV genannt – zukünftig auch für unsere Gemeinde zu ermöglichen und übernehme für uns die gesamte diesbezüglich anfallende Administration. Der

Behörden- und Verwaltungsaufwand werde unentgeltlich von Worb geleistet, dafür würden wir uns zur Hälfte an der Vorfinanzierung der lastenausgleichsberechtigten Kosten beteiligen, was einen ungefähren Betrag in der Höhe von CHF 1'800.00 verursachen werde. Dies sei sicherlich eine faire und kostengünstige Lösung für Muri. Die Ausgangslage sei gewesen, dass es bereits Familien aus Muri gebe, die ihre Kinder bei Tageseltern in Worb – insbesondere in Rüfenacht – betreuen lassen würden und sowohl die Gemeinde Worb als auch der TEV hätten Interesse an einer gemeinsamen Lösung gehabt. Ende 2009 habe der Gemeinderat entschieden, die Koordinationsstelle für familienexterne Kinderbetreuung auf Ende 2010 aufzulösen bzw. die Leistungsvereinbarung zu kündigen. Dies, weil sich anhand des jährlichen Reportings gezeigt habe, dass diese Stelle insbesondere im Tageselternbereich ein zu schwaches Element gewesen sei, um ein tragendes Angebot aufzubauen. Die Leistungsvereinbarung habe die Gemeinde jährlich CHF 15'000.00 gekostet und das Kosten-/Nutzenverhältnis habe klar als schlecht bezeichnet werden müssen. Somit sei der Abschluss des Vertrages mit dem Tageselternverein Worb auch diesbezüglich ein Glücksfall, da nun keine Lücke entstehe und gleichzeitig mit der Auflösung der Koordinationsstelle Erziehungsberechtigte direkten Zugang zum Tageselternverein Worb hätten. Der Verein werde versuchen, in Muri-Gümligen ein tragendes Standbein aufzubauen. Das Ziel sei es, dass in Muri genügend Tageseltern zu finden wären, damit die Eltern ihre Kinder nicht nach Worb chauffieren müssten. Wenn dies diesem professionellen Verein nicht innert einiger Jahre gelinge, müsse man wieder über die Bücher; dann sei Muri tatsächlich ein schwieriges Pflaster für Tageseltern. Sie rufe deshalb alle dazu auf, wenn sie selber Interesse daran hätten, Tagesmutter oder Tagesvater zu werden oder jemanden kennen würden, der dies möchte, sich beim Tageselternverein in Worb zu melden. Alle Informationen zur familienexternen Betreuung seien weiterhin in der Broschüre "Rund ums Chind" enthalten. Sie werde im Jahr 2011 neu überarbeitet und es werde innerhalb der Verwaltung eine Anlaufstelle geschaffen, die bei Fragen, welche in der Broschüre nicht enthalten seien, Auskunft erteilen könne. Mit diesem Vertragsabschluss könne eine sonst entstehende Lücke in der familienexternen Betreuung verhindert werden.

Glaslift SBB Bahnhof Gümligen

Hans-Rudolf Saxer erklärt, er habe eine sehr erfreuliche Information. Wie einige wohl bereits festgestellt hätten, habe die SBB vor ca. 14 Tagen klammheimlich den berühmten Glaslift im Bahnhof Gümligen in Betrieb genommen. Das Geschäft laufe unter dem Lead der SBB, welche auch die Hauptlast der Finanzierung trage. Man sei noch im Gespräch darüber, ob es einen offiziellen Akt geben werde. Ein solcher müsste primär von Seiten der SBB kommen, da sie mehr als 90 % der Gesamtkosten trage. Er rufe alle dazu auf, den Lift zu besichtigen und damit zu fahren; das Ergebnis sei sehr erfreulich ausgefallen. Ein positiver Nebeneffekt sei zudem, dass dank diesem Lift und dank der Ausbuchtung Richtung Stadt Bern die Unterführung weniger eng und weniger dunkel wirke. Die jahrelangen Bestrebungen hätten sich gelohnt.

9 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Wenger (EVP) betreffend zweiter Sonnenschirm beim Kinderschwimmbecken im Muribad

Der Gemeinderat wird ersucht, per Anfang Sommersaison 2011 einen zweiten Sonnenschirm beim Kleinkinder-Pool aufstellen zu lassen.

Begründung

Die Voraussetzung, im Erwachsenenalter an Hautkrebs zu erkranken, entsteht primär in den ersten 10 Lebensjahren. Kleinkindern schaden UV-Strahlen am meisten, denn sie haben im ersten Lebensjahr praktisch keinen Eigenschutz gegen die schädlichen

- 23. November 2010 -

Strahlen. Sonnenschutzmittel werden für die Kleinsten nicht empfohlen, da ihre Haut noch nicht die Fähigkeit besitzt, die darin enthaltenen chemischen Wirkstoffe nutzbringend umzusetzen. Diese Wirkstoffe gelangen aber durch die dünne Haut trotzdem in den Organismus. Bekleidung und Schatten sind also für Kleinkinder der beste, für Babies der einzige Schutz gegen UV-Strahlen. Es ist deshalb wichtig, dass bei Spielanlagen für Kleinkinder ausreichend Schatten vorhanden ist. Dies ist beim Kleinkinder-Pool im Muribad nur zu etwa einem Viertel der Fall. Da der Kredit für die Sanierung Muribad erfreulicherweise um 31'000 Franken unterschritten wurde, dürfte die Investition für einen zusätzlichen Sonnenschirm finanziell kein Problem darstellen.

Gümligen, 23. November 2010

Ursula Wenger

M. Humm, J. Aebersold, U. Grütter, R. Raaflaub, M. Graham, A. Corti, S. Fankhauser, M. Häusermann, M. Kästli, U. Siegenthaler, S. Gautschi, J. Stettler, J. Ziberi, R. Wakil, B. Schneider, F. Ruta, L. Streit (18)

Motion Ziberi (SP) betreffend Aufwertung der Veloparkplätze in Muri-Gümligen

Velos müssen auf den öffentlichen Veloparkplätzen von Muri-Gümligen vor Diebstahl sicher und die Parkplätze selbst sollen in vorbildlichem Zustand sein.

Der Gemeinderat wird gebeten, auf den Veloparkplätzen beim Bahnhof Gümligen (Seite Worbstrasse und Seite Dorf) und bei den RBS-Haltestellen (Siloah, Melchenbühl, Seidenberg, Muri) folgende Massnahmen zu ergreifen:

- Periodisches Wegräumen von defekten, verlassenen Velos und Veloteilen.
- Installation von tauglichen Konstruktionen, damit jedes Velo angekettet werden kann und alle Velos Platz haben.
- Bessere Sicherung vor Diebstahl mit geeigneten Mitteln (verstärkte Kontrollen, Videokameras etc. oder betreute Park & Ride Angebote).

Begründung

Nirgends werden so viele Velos gestohlen, wie in der Region Bern. Auch in Muri-Gümligen werden korrekt angekettete, neue und fahrtaugliche Velos regelmässig und professionell auf Nimmerwiedersehen abgeräumt. Ausserdem werden Teile von Velos entwendet, so dass der für die Besitzer wertlose Rest am Parkplatz gelassen wird und die Parkplätze infolgedessen von kaputten Velos überstellt sind. Die Stationen des öffentlichen Verkehrs dürften einen günstigeren Eindruck hinterlassen. Velo Fahrende würden zudem in ihrem Bemühen unterstützt, umweltfreundlich unterwegs zu sein.

Muri, 23. November 2010

Johanna Ziberi

R. Wakil, M. Graham, B. Schneider, M. Humm, F. Ruta, A. Corti, S. Fankhauser, M. Manz, M. Häusermann, L. Streit, J. Stettler, U. Wenger (13)

Motion Johanna Ziberi (SP) betreffend Konzept für planerische Aufwertungsschwerpunkte

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept für die gestalterische Aufwertung einzelner Teile unserer Gemeinde vorzulegen.

Innerhalb der Gemeinde sollen jene Gebiete identifiziert werden, in denen die Gemeinde proaktiv mit den Grundeigentümern eine bessere Gestaltung des betreffenden Gebiets zu erreichen trachtet. Die Gemeinde und ihre Quartiere sollen

- 23. November 2010 -

- angesichts der unzähligen über Jahre und Jahrzehnte relativ zufällig vorgenommenen baulichen Einzelvorhaben - sich weiterhin als attraktives und funktionales Ganzes wahrnehmbar sein.

Dieses Konzept ist auf die laufende Ortsplanungsrevision und auf die weitere Entwicklung gemäss Regionalem Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) abzustimmen und soll namentlich folgende Elemente enthalten:

1. Identifikation der wichtigsten Aufwertungsschwerpunkte,
2. Darstellung des Handlungsbedarfs und der Handlungsmöglichkeiten,
3. zeitliche Abfolge, grobe Kostenschätzung.

Begründung

Die bauliche Entwicklung der Gemeinde wird durch einzelne Vorhaben von Privaten bestimmt. Die Gemeinde repräsentiert die gesamtheitlichen Interessen und trägt die Verantwortung dafür, dass sich die verschiedenen Quartiere fortlaufend den bestehenden Qualitätsbedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Unternehmen anpassen. Sie ist dabei auf die Zusammenarbeit mit privaten Grundbesitzern und Investoren angewiesen.

Aufwertungsschwerpunkte können Strassenzüge oder Teile von Quartieren sein. Im Sinne einer Anregung sollen folgende mögliche Aufwertungsschwerpunkte genannt werden, die im Rahmen des Konzepts vertieft analysiert werden könnten:

- Thunstrasse ab Egghölzli: Der überbreite, unstrukturierte Strassenraum bis zum Kreisel Muri-Station ist eine unattraktive Eingangspforte zu unserer schönen Gemeinde. Dieser Strassenzug könnte mit gestalterischen Eingriffen, z.B. der Fortsetzung der zwischen Burgernziel und Egghölzli bereits bestehenden Allee, aufgewertet werden. Von einer Aufwertung würden auch die Besitzer der angrenzenden Grundstücke profitieren. Eine Aufwertung dieses Strassenzugs inkl. Haltestelle beim Gemeindehaus wird im Rahmen der geplanten Erweiterung der RBS-Linie auf zwei Gleise vorzunehmen sein.
- Thunstrasse zwischen Ausfahrt Aebnitstrasse und Autobahnzufahrt: Wegen des starken motorisierten Individualverkehrs mussten zum Schutz der anwohnenden Bevölkerung Lärmschutzwände erstellt werden. Diese baulichen Eingriffe sind absolut notwendig, verunstalten aber gleichzeitig das Strassenbild. Es wäre zu prüfen, wie der Strassenraum trotz der Schutzmassnahmen mit gestaltenden Eingriffen aufgewertet werden könnte.
- Nördlicher Bahnhofplatz / Bahnhofunterführung Gümligen: Da das Gebiet beidseits des Bahnhofs zunehmend stärker genutzt wird und immer mehr Personen zirkulieren, sind (wie bereits angekündigt) der Bahnhofplatz neu zu gestalten und gleichzeitig zu prüfen, wie die Bahnhofunterführung ausgebaut und attraktiver gestaltet werden kann. Falls die Siedlungsentwicklung gemäss RGSK von Statten gehen sollte, wird kein Weg an einer Aufwertung der Bahnhofunterführung vorbeigehen.

Muri, 23. November 2010

Johanna Ziberi

R. Wakil, B. Schneider, F. Ruta, A. Corti, S. Fankhauser, M. Manz, L. Streit, S. Gautschi, U. Wenger, H. Treier (11)

Motion Beat Schneider (SP) betreffend vorausschauende Gesamtplanung im Gebiet Turbenweg - Füllerich

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern im Gebiet Füllerich südlich des Turbenwegs ein Konzept für die mittel- bis langfristige bauliche Weiterentwicklung dieses Gebiets zu erarbeiten. Dabei sollen die Interessen der beteiligten Grundeigentümer und jene der Allgemeinheit (Gemeinde) bestmöglich und zukunftsgerichtet in einer Gesamtplanung gebündelt werden.

Begründung

Nach dem Bau des Einkaufszentrums Turbenweg sollte das südliche Geviert (restliche ZPP und angrenzende Parzellen) in einer mittel- und langfristigen Perspektive geplant werden, um die weitere Entwicklung gesamthaft gestalten zu können. Diese soll nicht nur von einzelnen Folgeprojekten getrieben werden. So ist z.B. zu prüfen, inwiefern es wünschbar wäre, dass in diesem Gebiet weitere Bauten in den Dimensionen des Einkaufszentrums Turbenweg wünschbar sein könnten (quasi eine "City Gümligen"). Eine dichte Bebauung muss nicht schlecht, sondern kann vorteilhaft sein, wenn sie es versteht, durch eine qualitativ hoch stehende Gestaltung eine hohe Nutzung mit einer hohen Qualität für die betroffene Bevölkerung (Wohnen, Einkaufen, Arbeiten) zu verbinden und eine Ghettoisierung zu verhindern.

Der Vorstoss lässt sich von der Überlegung leiten, dass als Zwischenstufe zwischen Ortsplanung und Einzelobjekt-Planung in wichtigen, interessanten Gebieten umfassende Gesamtplanungen angestossen werden sollten. Damit können einzelne mögliche Bauvorhaben koordiniert und die Entwicklung vorausschauend gestaltet werden. Gesamtplanungen erfolgen unter der Federführung der Gemeinde zusammen mit interessierten Grundeigentümern und ggf. Investoren.

In naher Zukunft werden in einigen Gebieten in unserer Gemeinde bedeutende bauliche Vorhaben abgeschlossen oder an die Hand genommen, die Fragen zur künftigen Entwicklung der Gebiete aufwerfen. Um zu verhindern, dass jeder Grundeigentümer mehr oder weniger isoliert seine Ziele und Projekte verfolgt, ohne dass die übergreifenden Interessen der Gesamtheit der Einwohnerschaft und der Unternehmen angemessen berücksichtigt werden, wäre es sinnvoll, dass die Gemeinde vorausschauend die Initiative ergreift und zusammen mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern abgestimmte Gesamtplanungen anstrebt. Solche Planungen können und sollen sich auch für die Objekte der Grundeigentümer als wertvermehrend erweisen.

Für eine harmonische umweltverträgliche Entwicklung der Gemeinde ist es wichtig, dass die Gemeindebehörden agieren und antizipieren. Die Gestaltung der Gemeinde darf nicht nur dem Zufall bzw. den Interessen von Investoren überlassen werden.

Gümligen, 23. November 2010

B. Schneider

F. Ruta, A. Corti, S. Fankhauser, M. Manz, J. Ziberi, S. Gautschi, M. Häusermann, L. Streit, R. Wakil, J. Stettler, M. Graham, U. Wenger (13)

Postulat Beat Schneider (SP) betreffend vorausschauende Gesamtplanung in der Arbeitszone Lischenmoos

Der Gemeinderat wird eingeladen aufzuzeigen, wie er in der Arbeitszone Lischenmoos nördlich der Worbstrasse dazu beitragen könnte, dass die Interessen der beteiligten Grundeigentümer und jene der Allgemeinheit (Gemeinde) bestmöglich und zukunftsgerichtet in einer Gesamtplanungen gebündelt werden könnten.

Begründung

Die betreffende Arbeitszone ist ein wichtiges Gebiet für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gemeinde. Ein Teil ist in einer dynamischen Erneuerung begriffen (Credit Suisse).

Es geht nun vor allem darum, einerseits gute Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung (mit Einbezug eines gewissen Wohnanteils) zu schaffen und gleichzeitig

- 23. November 2010 -

die Verkehrsentwicklung wegen der wünschbaren intensiveren Nutzung der Zone vorausschauend zu steuern. Es liegt im Interesse der Gemeinde bzw. der ansässigen Bevölkerung und Unternehmen, dass jedes künftige Bauprojekt so wenig motorisierten Individualverkehr wie möglich für sich in Anspruch nimmt, damit auch andere Projekte von MIV-Nutzungen profitieren können und die öffentliche Infrastruktur nicht überfordert wird.

Gümligen, 23. November 2010

B. Schneider

F. Ruta, A. Corti, S. Fankhauser, M. Manz, U. Wenger, J. Ziberi, R. Wakil (8)

Einfache Anfrage Corti (FDP/jf) betreffend Kindergarten/Basisstufe in der Gemeinde Muri

1. Welches ist die Haltung des Gemeinderates betreffend Kindergarten oder Basisstufe in der Gemeinde Muri?
2. Hat der Gemeinderat allenfalls bereits Abklärungen getroffen bezüglich:
 - 2.1. Bedarf nach einer Basisstufe.
 - 2.2. Zusätzlich benötigte Räumlichkeiten.
 - 2.3. Bedarf für zusätzliche Lehrkräfte.
 - 2.4. Kosten für die Gemeinde Muri

Vor einem Jahr sagte das Stimmvolk von Kanton Bern Ja zum Harmos-Konkordat und damit zum obligatorischen zweijährigen Kindergarten. In seiner Revision des Volksschulgesetzes schlägt der Regierungsrat unter anderem folgende Änderungen vor:

- Alle Gemeinden müssen ab 2013 einen zweijährigen Kindergarten führen.
- Der Übertritt vom Kindergarten in die erste Klasse soll flexibler werden.
- Die Gemeinden entscheiden, ob sie vom Kindergarten zur Basisstufe wechseln wollen.

Die Basisstufe würde den heutigen Kindergarten sowie die ersten beiden Schuljahre ersetzen. Die Kinder würden die Basisstufe in drei bis fünf Jahren durchlaufen und danach direkt in die dritte Klasse übertreten. Das individuelle Lern- und Entwicklungstempo würde berücksichtigt werden.

Offenbar ist vom Regierungsrat vorgesehen, ab 2013 jedes Jahr zwanzig bis vierzig neue Basisstufenklassen zu bewilligen. Die Gemeinden müssten Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und auch Lehrkräfte rekrutieren, die entsprechend qualifiziert wären. Die Gemeinden hätten ferner einen Teil der Mehrkosten zu übernehmen (verursacht insbesondere, dadurch, dass die Basisstufenklassen durch zwei Lehrkräfte mit insgesamt 150 Stellenprozenten zu betreuen wären).

Die Revision des Volksschulgesetzes geht in die Vernehmlassung. Es kann sein, dass politisch auf Kantonsebene eine Sistierung bezüglich Entscheid oder ein Verzicht auf Einführung der Basisstufe thematisiert werden wird.

Gümligen, 23. November 2010

Andrea Corti

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende erklärt, er komme zur Verabschiedung folgender Ratsmitglieder:

- Gerhard Pulver (SVP) habe dem Grossen Gemeinderat während 3 Jahren angehört.
- Caroline Chételat sei während 6 Jahren Mitglied des Grossen Gemeinderats gewesen.
- Lee Streit habe ihre Tätigkeit im Grossen Gemeinderat im Jahr 2001 aufgenommen. Im Jahr 2003 habe sie den Grossen Gemeinderat präsiert. Lee Streit habe die ältere Generation direkt im Rat kompetent vertreten. Er finde es gut und richtig, dass auch diese Generation im Rat vertreten sei.

Er danke Lee Streit, Caroline Chételat und Gerhard Pulver für ihr Engagement im Rat und wünsche ihnen auf dem weiteren Lebensweg alles Gute.

Lee Streit (forum) führt aus, zum letzten Mal ergreife sie in diesem Raum das Wort, um sich von allen zu verabschieden. Nach 10 Jahren Gemeindepolitik im GGR von Muri sei es für sie nun an der Zeit, einem jüngeren Nachfolger Platz zu machen. Aber sie blicke gerne auf diese 10 Jahre zurück. Es sei eine spannende und lehrreiche Zeit gewesen und sie sei mit vielen interessanten Menschen in Kontakt gekommen, vor allem mit den Ratskolleginnen und -kollegen. Auch wenn man sich gelegentlich in hitzigen Debatten ereifert habe, so sei es doch immer – jedenfalls in 99 % der Fälle – um das Eine gegangen: Alle hätten das Beste für die Gemeinde gewollt. Dabei sei es den Ratsmitgliedern so ergangen, wie ihnen dies Beat Wegmüller anlässlich seiner Antrittssitzung als Präsident mit dem schwarzen Würfel demonstriert habe: Zwar hätten alle das Gleiche vor Augen gehabt, aber aus unterschiedlichen Gesichtswinkeln, aus einer anderen Optik betrachtet. An dieser Stelle wolle sie auch der Verwaltung für die gemeinsame Zusammenarbeit ganz herzlich danken, vor allem auch während der Zeit, in welcher sie das Präsidium inne gehabt habe. Wo sie auch angeklopft habe, sei sie kompetent und freundlich beraten worden. Auf die Ratskolleginnen und -kollegen würden in den nächsten Jahren "happige" Aufgaben zukommen. Sie wünsche allen die nötige Kraft und Freude, um an der Gestaltung unserer Infrastruktur und unseres Zusammenlebens "dranzubleiben". Sie wünsche sich für unsere Gemeinde, dass sich weiterhin Jung und Alt in unserem Dorf beheimatet fühlen würden oder sie könne es auch noch etwas anders sagen. Einige würden sich vielleicht noch an den Ratsausflug in Bundeshaus und an den Ausspruch von Alt-Bundesrat Villiger erinnern: Es sei zu wünschen, dass auch die nächste Generation mit der gleichen Begeisterung sagen könne: "Auguri, auguri, jetzt blibe mir z'Muri!".

David von Steiger (Präsident forum) führt aus, es sei nicht sehr häufig, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier dem Rat 10 Jahre lang angehören würden. Er wisse, es werde jetzt dann häufiger, aber bislang sei es noch nicht sehr oft vorgekommen. Lee Streit und die im Saal anwesende Daniela Schönenberger hätten beide 10 Jahre lang Einsitz im Parlament gehabt. Das forum möchte sie daher nicht nur unter sich verabschieden, sondern ihnen hier ein Zeichen setzen dafür, was sie für die Gemeinde, für das Parlament und für ihre ganz speziellen Anliegen geleistet hätten. Eines davon sei heute Abend vom Gemeindepräsidenten bereits erwähnt worden, Lee Streit sei eine oder *die* Vorkämpferin für den SBB-Glaslift gewesen. Er finde es ganz schön, dass nun an ihrer letzten Sitzung noch habe bekannt gegeben werden können, dass sich dieser Einsatz gelohnt habe. Es hätten sich auch viele andere Einsätze der beiden Parlamentarierinnen gelohnt und das forum danke ihnen für dieses Engagement nochmals ganz herzlich und überreiche ihnen hier ein Licht für den Advent.

Der Vorsitzende erklärt, heute sei auch die letzte Sitzung, die er von A bis Z präsidiere. Er hätte nicht gedacht, dass die letzte noch so anspruchsvoll werden würde. Zuerst möchte er sich gerne bedanken. Ein Dank gehe an das Büro GGR, vor allem an Hannes Treier und an die Stimmenzähler für die Unterstützung während den Sitzungen. Man habe heute Abend feststellen können, wie wichtig sie seien. Ein Dank gehe an die Verwaltung, an Anni Koch für das Protokoll und insbesondere an Karin Pulfer, die geduldig auf seine Anliegen eingegangen sei und ihn stets sehr kompetent beraten habe. Ein Dank gehe auch an Martin Grütter und das Moos-Team für den Service hier in der Aula. Er danke auch den Pressevertretungen für ihre Berichterstattungen in den Printmedien. Dem Gemeinderat danke er für die konstruktive Zusammenarbeit. Er danke aber allen im Rat. Es sei eine Freude gewesen, diesen Rat zu präsidieren. Er habe nie eine gelbe Karte ziehen müssen, die Ratsmitglieder hätten sich sehr geordnet und fair verhalten. Er habe in diesem Jahr fast alle Parlamente in der Agglomeration besucht und er sei zum Schluss gelangt, dass das Parlament von Muri ein gutes sei. Er danke auch seiner Frau Ursula für ihr Verständnis und ihre Unterstützung.

Und nun komme er zum Holzstück, welches alle Ratsmitglieder auf ihrem Tisch hätten. In der Januar-Sitzung habe er mit einem Würfel begonnen und er möchte mit einem Würfel aufhören. Er habe damals gesagt, es würden alle dasselbe sehen, aber man sehe nicht alle Seiten eines Würfels. Es sei manchmal notwendig, dass man ein Problem oder eine Situation eben von allen Seiten betrachte. Als Erinnerung dieser Ansicht und an sein Präsidialjahr möchte er allen diesen Würfel mitgeben. Wer jetzt meine, dieser Würfel sei unten weiss, habe sich getäuscht. Manchmal sei es ja so, dass, wenn man etwas von verschiedenen Seiten anschau, einem plötzlich ein Licht aufgehe und er bitte nun alle, den Würfel sorgfältig umzukehren (*Anmerkung: Unter dem Würfel befindet sich ein Teelicht*). In diesem Sinn wünsche er allen eine erleuchtende und stimmungsvolle Adventszeit und schon jetzt alles Gute zum neuen Jahr.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Wegmüller

Anni Koch